

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsadresse: Nachrichten, Dresden
Verlagsredaktion: Zimmer 10011
Postfach 10011
Erscheinungstag: Hauptgeschäftstag
Dresden-N. 1, Marienstraße 56/58

Bezugspreis vom 1. 10. 28. Dezember 1928 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1.70 Mk.
Wochenpreis 10.00 Mk. ohne Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.
Abbestellen: Die Abbestellen werden nach dem Postamt Dresden:
bis einseitig 30 mm breite Seite 25 Pf., für anderwärts 40 Pf. Familienabonnenten und Stellen-
geschäfte ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., bis 30 mm breite Seitenbreite 200 Pf., außer-
halb 250 Pf. Offiziellgebühren 30 Pf. Unbefristete Aufträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Meyke & Reichardt,
Dresden, Postfach 10011
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unbefristete
Schriftsätze werden nicht aufbewahrt

Ein Autonomist schießt Sachot nieder

Der Täter stellt sich der Pariser Polizei

Der Kolmarer Staatsanwalt durch drei Schüsse schwer verletzt

Paris, 21. Dez. Auf den aus dem Kolmarer Prozeß bekannten Generalstaatsanwalt Sachot wurde am Freitagvormittag ein Anschlag verübt. In dem Anschlag, der in unmittelbarem Zusammenhang mit seinem scharfen Vorgehen in den Autonomistenprozessen stehen dürfte, wurden folgende Einzelheiten bekannt: Am Freitagvormittag gegen 8 Uhr erschien ein Mann, der stark elässischen Akzent sprach, in der Wohnung 128 Avenue de Versailles, die der Generalstaatsanwalt erst gestern bezogen hatte. Der Mann wurde von der Gattin Sachots empfangen und fragte nach ihrem Manne, dem er eine wichtige Mitteilung zu machen habe. Es wurde ihm bedeutet, Sachot sei nicht anwesend. Er werde erst in etwa einer Stunde wiederkommen. Um 9 Uhr sprach dann der Attentäter wieder vor und wurde diesmal von Sachot selbst empfangen. Es entspann sich dann folgende Unterhaltung: „Sind Sie selbst Herr Sachot?“ „Ja.“ „Der Generalstaatsanwalt?“ „Bestimmt.“ Der Unbekannte zog dann einen Revolver hervor und

Bei dem Attentäter, der sich der Polizei heute abend gefesselt hat, handelt es sich laut Havas um einen gewissen George Densil, geboren am 2. Juni 1900 in Balbura (Dep. Niederrhein). Nach seinen Angaben ist er eine Zeitlang in Straßburg Schlichter gewesen und vor einem Monat nach Paris gekommen. Seit längerem hat er nicht mehr gearbeitet, sondern sich auf die Suche nach Sachot gemacht. Demnach hat, wie Havas weiter berichtet, bei seiner ersten Vernehmung angegeben, daß er Autonomist sei und Eliaß-Cotbringen habe rächen wollen. Vor drei Tagen habe er beim Kassationshof sich die Adresse Sachots geben lassen und habe heute morgen bei ihm vorgelassen.

Um es gleich von vornherein zu sagen, dieses Attentat ist tief bedauerlich. Für das unterdrückte Eliaß werden die Schüsse auf den Urheber des Kolmarer Urteils wahrscheinlich verhängnisvolle Folgen haben. Poincaré, der schon bisher kein Mittel gescheut hat, unartiges deutsches Volkstum mit der ganzen zynischen Kaltblütigkeit seines brutalen Machtwillens zu Französisieren, wird nun den willkommenen Vorwand finden, um neue, schärfere Ausnahmemaße gegen die unglückliche Bevölkerung der uns entrissenen Provinzen durchzuführen. Er wird nicht beachten, daß das bedauerliche Attentat ein verzweifelter Mittel eines bereits jetzt zur Verzweiflung getriebenen Volkes ist. Er wird daraus kaum die Lehre ziehen, daß seine bisherigen Reihenden grundfalsch waren und daß ihre verhärtete Fortsetzung nur neue Verzweiflungszustände in sich bergen muß. Auf das sogenannte Weltgemessen, das nun eigentlich anzuordnen müßte und warnend auf das Unrecht hinzuweisen hätte, das man an deutschem Volkstum verübt hat, können unsere unterdrückten Brüder leider nicht hoffen. Es hat immer dann am tiefsten geschlafen, wenn es sich um die Belange geknechteten deutschen Volkstums handelt. Wir können nur eines hoffen, daß die lächerlichen Eliaßler sich auch in kommenden schweren Jahren ihre deutschen Kulturgüter nicht rauben lassen und daß sie Poincarés Vernichtungswille jene kaltschnitzende Zähigkeit entgegensetzen, an der noch immer Tyrannenwille scheitern mußte. Möchten sie die Kraft finden, in ihrem Kampf weiter jene eisernen Nerven zu bewahren, durch die sie sich trotz achtjähriger französischer Offensiv bis zum heutigen Tag ausgezeichnet haben.

Regionale Verwaltung im Eliaß gefordert

Paris, 21. Dez. Der elässische Abgeordnete M. Walter und mehrere seiner Freunde haben eine Gesetzesvorlage in der Kammer eingebracht, der auf die Errichtung einer regionalen Verwaltung in den drei Departements Ober- und Unter-Lothringen und Mosel hinzielt. U. a. ist vorgeschlagen ein Generalverwalter, der direkt dem Präsidenten der regionalen Verwaltung unterstellt sein soll und durch direktes Stimmrecht zu wählen sein würde. Auch ein besonderes Budget wird vorgeschlagen.

Neue Verhaftung durch die Besatzungsbehörde

Paris, 21. Dez. Havas meldet aus Mainz: Die von der französischen Sicherheitspolizei im besetzten Gebiete entdeckte Spionageaffäre hat heute vormittag zu einer neuen Verhaftung in Koblenz geführt. Es handelt sich um einen Beamten der gleichen Verwaltungsbehörde, der auch die bisherigen Verhafteten angehört.

Weihnachten der Kleinrentner

Auf der Bahn zum Reichsverorgungsgeetz

In der Weihnachtsstimmung ist es recht und billig, auch derer nicht zu vergessen, die früher die Träger der mittelbürgerlichen Selbstständigkeit waren und wegen ihrer gediegenen staatsverhaltenden Lebensführung einen besonders wertvollen Bestandteil unseres Volkes bildeten. Man nennt sie heute die Kleinrentner, weil sie sich durch mühsame redliche Arbeit ein bescheidenes Kapital erspart hatten, das ihnen eine einfache Altersversorgung im Rahmen des Notwendigsten sichern sollte. Die Inflation hat auch diese soziale Schicht zum Opfer gefordert. Die Kleinrentner gehören nicht zu denen, die laut zu lärmen und mit Ungefläm Erfüllung ihrer Forderungen zu belächeln verfehen. Sie haben sich in ihrem öffentlichen Auftreten stets großer Mäßigkeit befleißigt, und der zu ihrem Schutze gegründete Deutsche Rentnerbund bestrebt das Verben für seine Sache in Formen, die man auch allen anderen politischen und wirtschaftlich-sozialen Organisationen wünschen möchte, weil dann unser ganzes öffentliches Leben in weitem Umfang entgiftet werden würde. Da es aber einmal in der Politik die Regel ist, daß diejenigen am ehesten zu etwas kommen, die von ihren kräftigen Elbogen und ihrer starken Lunge den ausgiebigsten Gebrauch zu machen verfehen, so hat es geraume Zeit gedauert, bis die schwachen Notrufe der Kleinrentner Gehör fanden. Endlich sah sich die Reichsregierung doch genötigt, einzugreifen, aber dies geschah in der durchaus unzulänglichen Weise, daß man die Kleinrentner der allgemeinen Fürsorge unterstellte. Das empfanden die Kleinrentner als eine unerträgliche Herabdrückung ihrer sozialen Lage, weil sie dadurch zu Almosenempfängern gemacht wurden, während sie mit Recht geltend machten, daß sie auf Grund ihrer Vergangenheit und früherer sozialen Bedeutung für die Gesamtheit Anspruch auf eine besondere gesetzliche Regelung ihrer Verhältnisse erheben dürften. So entstand das Verlangen nach einem Rentnerversorgungsgesetz. Lange wogte um diesen Gedanken der Kampf, ehe er sich zu greifbaren Vorschlägen gestaltete. Als erster trat der Rentnerbund mit einem ausgearbeiteten Gesetzesentwurf auf den Plan, und allmählich folgten die bürgerlichen Parteien mit ähnlichen Entwürfen nach, die sich alle in den Grundzügen ziemlich glichen. Einen besonders sorgfältig in allen Einzelheiten durchgeführten Entwurf hat neuerdings die Deutsche Volkspartei eingebracht. Er sieht einen Rechtsanspruch auf Gewährung von Rente sowie Krankenfürsorge und Sterbegeld vor und setzt für den Begriff des Kleinrentners die Mindestgrenze von 10 000 Mark früherem Kapitalvermögen oder 500 Mark früherer Jahresrente fest. Der Rechtsanspruch für solche Rentner tritt ein, wenn sie entweder ganz erwerbsunfähig sind oder wenn ihre Arbeitsfähigkeit nur sehr gering ist, in jedem Falle aber bei Männern mit dem vollendeten 65., bei Frauen mit dem vollendeten 55. Lebensjahr.

Bei der bisherigen parlamentarischen Behandlung der Vorschläge für ein Rentnerversorgungsgesetz hat sich herausgestellt, daß allemal bei der allgemeinen Vorberatung im Plenum unerlöste Auseinandersetzungen stattfanden, bei denen viel kostbare Zeit unnütz vergeudet und das Gegenfällige mehr als das Einigende betont wurde; das war dann ein schlechter Kontakt zu der Arbeit im Sozialpolitischen Ausschuß, der denn auch bisher die Sache nicht bis zum Zustandekommen eines aus den verschiedenen Vorschlägen herausgeschälten, für die Beschlußfassung im Plenum brauchbaren Entwurfs zu fördern vermochte. Hier hat jetzt die Deutsche Volkspartei, in der sich insbesondere die Abgeordnete Frau Dr. May durch ihr rastloses, von den Kleinrentnern dankbar empfundenes Wirken für ein Rentnerversorgungsgesetz einen Namen gemacht hat, den Hebel eines praktischen Fortschritts angelegt, indem sie kurz vor dem Reichstagsabschluss die unverzügliche Verweisung der verschiedenen Anträge an den Ausschuß ohne Beratung im Plenum forderte. Diesem Verlangen entsprochen der Reichstag, indem er die gesamten Anträge ohne Debatte zur Einzelberatung an den Ausschuß abgab. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß mit den jetzigen beschleunigten Ausschußberatungen ein wichtiger Schritt nach vorwärts getan worden ist, weil dabei der Hochdruck des allgemeinen Empfindens mitwirkt, daß endlich etwas Positives geschaffen werden muß, um den sehnlichen Wunsch der Kleinrentner, sie von der Fürsorge zu befreien, zu erfüllen. Wenn es im nächsten Jahre, wie sehr zu hoffen ist, zur Verabschiedung des Gesetzes kommt, dann werden die Kleinrentner sich des jetzigen Weihnachtsfestes als des Wendepunktes erinnern dürfen, an dem der Reichstag zum ersten Male seinen ernstlichen Willen bekundet hat, in dieser sozialen Frage von den Worten zur Tat überzugehen. Für diesmal müssen sie sich freilich noch mit den bescheidenen Winterdelfen begnügen, die von den Parlamenten der Länder bewilligt werden. Im nächsten Landtag sind solche Anträge gemeinsam mit denen für Sozial- und Kriegrentner an den Haushaltsausschuß verwiesen worden.

Nur ein Rentnerversorgungsgesetz kann die Hebergriffe und Härten beseitigen, die mit der Fürsorge verbunden sind und über die noch immer von den Rentnern lebhaft geklagt

Das Kabinett billigt Stresemanns Haltung

Berlin, 21. Dez. In der heutigen unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Kabinettsitzung erhaltete der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, Bericht über die in Lugano stattgefundenen Tagungen des Völkerbundesrates und die dort geführten Verhandlungen. Das Reichskabinett stimmte den Darlegungen des Ministers einmütig zu.

Darauf verabschiedete das Kabinett den Entwurf eines Gesetzes über Änderung der Rechtsverhältnisse der Parteigeldempfänger, der sofort dem Reichsrat zugeleitet wird.

Amerika fordert Unabhängigkeit aller Sachverständigen

Newyork, 22. Dez. Das Weiße Haus ist zwar der Auffassung, daß die Lösung der Reparationsfrage eine rein europäische Angelegenheit ist, aber Präsident Coolidge beabsichtigt, trotzdem der Entsendung amerikanischer Sachverständiger zuzustimmen, wenn in jeder Beziehung festgestellt wird, daß amtliche Sachverständigen ihr eigenes Urteil abzugeben können, daß ihnen also nicht im voraus Instruktionen über

einschränkende Richtlinien von den Regierungen mitgegeben werden.

Präsident Coolidge erklärte weiter, Europa sollte an der Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Südamerika keine Kritik üben, wenn es die Vereinigten Staaten zur Teilnahme an den Reparationsbesprechungen einlade.

Ein englisch-deutscher Zwischenfall in Ägypten

Berlin, 21. Dez. Nach Nachrichten aus Ägypten, wo augenblicklich der Schulkreuzer „Berlin“ zu Besuch weilt, hat sich ein Zwischenfall abgepielt, der aber bereits seine Erledigung gefunden hat. Ein englischer Soldat hat nämlich in Kairo einen Matrosen des deutschen Kreuzers geschlagen. Darauf hat sich der englische Kommandant sofort zum deutschen Gesandten begeben, um ihm einen Entschuldigungsbesuch zu machen. Danach gilt der Zwischenfall nach deutscher Ansicht als beigelegt.

Dr. Krohne vom Wohlfahrtsministerium gestorben.
Berlin, 21. Dez. Die der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, schied der Leiter der Redaktionsabteilung im preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt, Ministerialdirektor Dr. Krohne, infolge eines Herzschlages gestern unerwartet aus dem Leben.